

# Noch nicht angekommen - 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR!

## Eine Dokumentation

von Prof. Dr. Georg. Grasnick

20 Jahre Anschluss der DDR an die BRD – das ist für die Bundesregierung und die staatstragenden Parteien des Landes wiederum Anlass, die Dauerkampagne zur Dämonisierung und Verketzerung des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte anzukurbeln.

Was ist eigentlich aus deren hochtrabenden Versprechungen und Erklärungen von damals und in den Jahren danach geworden?

Was aus Helmut Kohls Wort: „Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser“. (1)

Was aus Willy Brandts Traum: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. (2)

Was aus den wiederholten Zusagen der Bundesregierungen, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland zu schaffen.

Die Bundesregierung wird bei diesen Fragen auf den „Aufbau Ost“ verweisen. Auf neue Autobahnen, Freizügigkeit, Haussanierungen, Telefonanschlüsse. Zweifellos bemerkenswerte Fortschritte. Doch die tiefgreifende Probleme, die durch die Aneignung der DDR hervorgerufen wurden und die das Leben so vieler Menschen in den neuen Bundesländern belasten, sind nicht gegenstandslos geworden.

## Abwicklung beispiellosen Ausmaßes

Mit dem 3. Oktober 1990 war das einst durch den kalten Krieg gesplante Land staatlich geeinigt. Im Innern war es und blieb es jedoch ökonomisch, sozial und geistig tief gespalten. Mit dem sogenannten Einigungsvertrag wurde die Restauration der alten kapitalistischen Besitzverhältnisse in Ostdeutschland eingeleitet.

Der westdeutsche Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble ließ damals, 1990, gegenüber seinen ostdeutschen Unterhändlern keinen Zweifel über den Charakter des Anschlusses aufkommen: „Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um eine umgekehrte Veranstaltung. Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Umgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die BRD. Lasst uns von der Voraussetzung ausgehen, dass ihr vierzig Jahre von beiden ausgeschlossen ward.“ (3)

In diesem Sinne vollzog die Treuhand die Verschacherung des von den DDR-Bürgern in harter Arbeit geschaffenen gesellschaftlichen Eigentums. Es „wurde an Banken, Konzerne, Grundbesitzer, Geschäftsleute und Spekulanten total unter Wert oder sogar kostenlos übertragen...“ (4)

Ein Volksvermögen im Werte von 1,4 Billionen D-Mark fiel der Profitgier des Kapitals zum Opfer. Der erste Abwickler Detlev Karsten Rohwedder hatte drei Wochen nach der Vereinnahmung der DDR diesen Wert auf nicht einmal die Hälfte reduziert. „Der ganze Salat ist etwa 600 Milliarden Mark wert“ (5), meinte er. Seine Nachfolgerin im Amt, Birgit Breuel, brachte es fertig, den von der Treuhand-Kriminalität vollzogenen Raubzug mit einem Schuldenberg von über 256 Milliarden D-Mark abzuschließen.

Keine der Bundesregierung war in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereit, parlamentarische Anfragen nach dem tatsächlichen Wert des von der Treuhand übernommenen Volkseigentums mit einer wahrheitsgemäßen Aufrechnung zu beantworten.

Der Historiker Professor Karl Heinz Roth beschrieb die Situation für die ostdeutschen Betriebe so: „Im Gegensatz zur westdeutschen Währungsreform von 1948 hatte es für die ostdeutsche Wirtschaft kein protektionistisches Umfeld gegeben. Die Marktwirtschaft stürzte

förmlich ins Beitrittsgebiet, verdrängte schlagartig die heimischen Güter und Dienstleistungen vom Binnenmarkt, und die im Rahmen des Notenumtausches eingeflossenen Finanzströme gingen postwendend in die westdeutsche Wirtschaft zurück. Auch die bisherigen äußeren Märkte brachen schlagartig zusammen.“ (6) Ostdeutschland wurde zur verlängerten Werkbank der Konzerne. In der bisherigen Geschichte war eine derartige Abwicklung einer Volkswirtschaft in Friedenszeiten einmalig.

Der Raubzug verlief nach den Vorstellungen, wie sie entsprechend der Strategie „Nicht Wiedervereinigung sondern Befreiung“ in den vom „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen“ in den 1950er und 1960er Jahren entwickelten „Grauen Plänen“ vorgezeichnet worden waren. Adenauer hatte Dr. Friedrich Ernst zum Präsidenten des „Forschungsbeirates“ berufen. Damit war dafür gesorgt, dass die Erfahrungen des faschistischen Deutschland bei der Ausplünderung der im Krieg okkupierten Länder und Gebiete in die Tätigkeit des Rates eingingen. Denn Ernst war von Hitler von 1939 bis 1941 als Reichskommissar für die „Verwaltung des feindlichen Vermögens“ eingesetzt gewesen.

Außer der weitgehenden Deindustrialisierung und der Deformierung der Landwirtschaft wurden große Teile der Spareinlagen der Ostdeutschen abgewertet. Viele DDR-Bürger gingen ihres persönlichen Eigentums infolge der Aktion „Rückgabe vor Entschädigung“ verlustig. Und westdeutsche Konzerne griffen begierig auf das vorhandene „Humankapital“ zurück. Im „Süddeutsche Zeitung Magazin“ wurde dazu kürzlich vermerkt: „Weil nach der Wende etwa vierzig Prozent der DDR-Betriebe schließen mussten, war der Osten für westdeutsche Unternehmen ein Fachkräfteparadies.“ (7) Das Kapital stieß sich während einer Wirtschaftskrise an der Einverleibung der DDR regelrecht gesund.

Professor Fritz Vilmar und Doktor Wolfgang Dümcke kommentierten den Prozess, der als „Wiedervereinigung“ gepriesen wurde und gefeiert wird folgendermaßen: „Durch die Verhinderung der im westdeutschen Grundgesetz ausdrücklich vorgesehenen Abstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung wurde die gleichberechtigte Mitwirkung der Ostdeutschen an der Konstitution eines vereinigten Deutschland vereitelt. Stattdessen wurde die umstandslose Eingliederung der Bürger der DDR in das politische System der westdeutschen Republik verfassungsrechtlich besiegelt.“ Und weiter: „Kolonisierung bedeutet in ihrem Kern die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems im Verhältnis zu einem andren.“ (8)

## Kolonisierungsfolgen

Reden bundesdeutscher Politiker über den „Aufbau Ost“ sind seltener geworden, häufiger dagegen solche über dessen baldigen Abschluss.

Die vor 20 Jahren vollzogene Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und die Ausdünnung der Forschungslandschaft sowie staatlich beeinflusste Einkommen bei Löhnen und Renten haben zur Folge, dass es nach wie vor keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern gegenüber denen in den alten Bundesländern gibt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb kürzlich unter der Überschrift „Sonntagsreden zum Jubiläum“: „Vergleiche hinken, doch vieles, was da kurz vor dem Einheitsjahrestag in die Öffentlichkeit dringt, klingt wie das Geplaudere auf der Titanic, das die Schönheit der Natur, aber nicht die Gefahren der Eisberge thematisierte... Ausgeblendet wie die Eisberge wird, dass ostdeutsche Betriebe zwar seit 1990 ihr Produktivitätsniveau im Vergleich zum Westen von 30 Prozent auf mehr als 70 Prozent gesteigert haben, die in den vergangenen 20 Jahren aufgebaute Wirtschaftsstruktur aber zugleich verhindert, dass die noch vorhandene Lücke in absehbarer Zeit geschlossen werden kann. Schlimmer noch: Wirtschaftsleistung und Produktivität fallen eher wieder zurück. Nicht, weil es an Fleiss und Engagement der

ostdeutschen Beschäftigten fehlt, sondern weil die wirtschaftliche Basis im Osten viel zu klein, zu schwach und damit gegenüber Krisenerscheinungen anfällig ist.“ (9)

Was ist aus Kohls Wort, dass es den Ostdeutschen „viel besser“ gehen werde, geworden? Die Ost-West-Differenz bei der Arbeitslosigkeit hat sich in all den zurückliegenden Jahren nicht verändert. Sie ist im Osten weiterhin doppelt so hoch wie im Westen des Landes. Nun verweist die schwarz-gelbe Regierungskoalition stolz auf den Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) sieht schon ein Absinken unter die 3-Millionen-Grenze.

Die bittere Wahrheit für viele Ostdeutsche: Der Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen ist mit einer beträchtlichen Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse verbunden. Kapital und Kabinett haben die soziale Unsicherheit, die durch die Krise noch verstärkt wurde, genutzt, um atypische Beschäftigungsformen en masse zu fördern. Den Neoliberalen kommt die Rolle Ostdeutschlands als Experimentierfeld entgegen.

In Ostdeutschland muss, einer DIW-Studie zufolge, jeder Dritte von Niedriglohneinkommen leben. Der Niedriglohnsektor ist in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Die Löhne in dieser Kategorie betragen im Durchschnitt 4,86 Euro in Ostdeutschland, dagegen 7,00 Euro in Westdeutschland.

Als Niedriglohneinkommen zählen Haushaltseinkommen von maximal 860 Euro monatlich. Seit 2000 ist der Anteil der Niedriglohnbezieher in Ostdeutschland von rund 24 Prozent auf fast 31 Prozent im Jahre 2009 gestiegen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 20 Prozent. Der Anteil an den 1,4 Millionen Hartz-IV-Aufstockern, die ergänzend Sozialleistungen beziehen, ist in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Für die Unternehmen ist die Aufstockung recht profitabel. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten, Josef Möllenberg, verurteilt diese Praxis: „Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung, besser gesagt die Steuerzahler, die Unternehmen seit 2005 mit 50 Milliarden Euro subventioniert hat und die Ausgaben für die sogenannten Aufstocker kontinuierlich steigen.“ (10) Die Verweigerung von Mindestlöhnen durch die Bundesregierung zahlt sich auch in diesem Falle aus.

2004 hatte Michael Rogowski als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie die Richtlinie für die Politik der Bundesregierungen vorgegeben: „Arbeit ist keine feste Größe, sondern eine Frage von Angebot und Nachfrage. Und deshalb eine Frage des Preises. Deshalb brauchen wir auf keinen Fall Mindestlöhne. Im Gegenteil, wir müssen die tariflichen Untergrenzen durchbrechen.“ (11)

Und auch das gehört zum einträglichen Geschäft der Unternehmen: Die Durchschnittskosten für eine Arbeitsstunde betragen in Ostdeutschland 21,09 Euro, in Westdeutschland dagegen 28,09 Euro. Im ostdeutschen Bergbau ist die Produktivität mehr als doppelt so hoch wie im westdeutschen. Das Lohnniveau liegt jedoch nur bei 84 Prozent. Nicht wenigen ist bereits bewusst, dass Niedriglohnpolitik und Langzeitarbeitslosigkeit äußerst negative Auswirkungen auf die spätere Altersversorgung haben werden. Selbst Durchschnittsverdiener, die zeitweise erwerbslos oder prekär beschäftigt waren, müssen damit rechnen, dass ihre Rente unter dem Existenzminimum liegen wird.

Fakt ist: „In Deutschland gibt es bei gleichen Lebenshaltungskosten nach wie vor zwei Lohn-, zwei Rentengebiete.“ (12)

Die Rentenproblematik der Ostdeutschen ist durch die Weigerung der Bundesregierung gekennzeichnet, den Rentenwert Ost an den aktuellen Rentenwert West anzugleichen. Am 1. Juli 2009 betrug die Differenz der Rentenwerte 11,29 Prozent zu Lasten des Rentenwertes Ost. (13) Und es sind weitere Null- oder Minirunden angedeutet. Eine Anerkennung der Lebensleistungen der Ostdeutschen findet nicht statt. Im Gegenteil – Altersdiskriminierung ist an der Tagesordnung. Viele ehemalige DDR-Bürger unterliegen dem Rentenstrafrecht. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bedeutet eine glatte Rentenkürzung.

Das DIW wies in einer Studie darauf hin, dass die Durchschnittsrenten der heute 38- bis 48-Jährigen in Ostdeutschland unter dem Niveau der Grundsicherung liegen werden. Der Grund: Ausweitung der Minijobs und der Teilzeitarbeit, unterbrochene Erwerbstätigkeit, hohe Langzeitarbeitslosigkeit und geringe Rentenanpassungen.

Infolge der Lohn- und Rentenpolitik liegt in den neuen Bundesländern das Armutsrisiko bei 20 Prozent.

Man kann es nur als zynisch werten, was vor vier Jahren der damalige Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), der auch für den „Aufbau Ost“ verantwortlich zeichnete, zu Protokoll gab: „Der Osten ist frisch und vital, da blutet nichts aus.“ (14) Schon zu dieser Zeit waren größere Gebiete Ostdeutschlands von Armut bedroht. Heute ist hier die Armutsquote um das Anderthalbfache höher als in Westdeutschland. Zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren leben bereits von Sozialhilfe.

Besonders groß ist die Gefahr arm zu werden für Alleinerziehende. Faktisch ist jede zweite alleinerziehende Person akut bedroht.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband legte im September 2009 einen Armutsatlas für die Bundesrepublik vor. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Dr. Ulrich Schneider, erklärte dazu: „Wir haben uns viel zu lange durch bundesdeutsche Durchschnittsquoten blenden lassen. Der Mensch lebt aber in der Region, nicht im Durchschnitt.“ Dabei belege der Atlas, dass die gängige statistische Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland in der Realität viel zu kurz greife. „Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist Deutschland nicht länger zwei-, sondern mindestens dreigeteilt und im Hinblick auf die Armutsbetroffenheit zerrissener als je zuvor. Wenn die ärmste Region eine viermal so hohe Armutsquote aufweist wie die reichste, hat das mit gleichwertigen Lebensverhältnissen nichts mehr zu tun. Wenn wir nicht sofort und massiv gegensteuern, wird die Verödung ganzer Landstriche nicht mehr aufzuhalten sein“, betonte Schneider. (15)

Die Bundesregierung denkt keineswegs an ein Gegensteuern. Vizekanzler Westerwelle tönt vielmehr von Zeit zu Zeit von Steuersenkungen, will heißen - von neuen Steuergeschenken für die Reichen. Was schert ihn, dass schon jetzt in Mecklenburg-Vorpommern jeder Vierte unterhalb der Armutsschwelle lebt.

Übrigens: Die pro-Kopf-Verschuldung, die am Ende der angeblich bankrotten DDR 5.298 DM betrug, macht heute 20.773 Euro aus!

Noch angespannter wird die Lage für Ostdeutschland in den nächsten Jahren durch das „Sparpaket“, das die schwarz-gelbe Bundesregierung beschlossen hat.

Von den Einsparungen bis 2014 in Höhe von 82 Milliarden Euro sollen bekanntlich 30 Milliarden im Sozialbereich weggeschnitten werden.

Bei der regional gegliederten pro-Kopf-Verteilung der Einbußen in den Jahren 2011 bis 2014 sollen in Ostdeutschland jährliche Kürzungen von mehr als 76 Euro pro Einwohner verkräftet werden – in Westdeutschland etwas mehr als 36 Euro.

Die schnelle und großzügige Bereitstellung der Mittel von Rettungsschirmen für die Großbanken soll wieder wettgemacht werden.

Im Visier der „Sparpolitiker“ befinden sich vor allem die Hartz-IV-Bezieher. Vizekanzler Westerwelle hatte das mit seinen Hasstiraden deutlich zu verstehen gegeben.

Die desolante Lage in Ostdeutschland, die vielen jungen Menschen keine Zukunftsaussichten bietet, hat dazu geführt, dass bisher zwei Millionen Ostdeutsche, zumeist gut ausgebildete und leistungsfähige Menschen, nicht zuletzt Frauen, abgewandert sind. Die Folgen für Ostdeutschland sind kaum abzuschätzen. Nicht nur, dass arbeitslose und schlecht ausgebildete Männer zurückbleiben, die als Familiengründer selten in Frage kommen. Spätestens 2015 erfolgt ein „zweiter demografischer Wendeschock“. Dann wird wegen des Geburtenrückgangs nach 1990 eine halbe Generation als potenzielle Eltern fehlen.

Gegenwärtig wird in Ostdeutschland die niedrigste Geburtenrate seit 1945 verzeichnet. (16)

Soziale Unsicherheit, atypische Beschäftigungsformen wie befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit, Zeitarbeit usw. halten nicht wenige junge Menschen von einer Familienplanung ab. Und die Abwanderung ist nicht gestoppt. Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert: „Der Bevölkerungsschwund hält an. Im Osten wird nicht nur weniger geboren, sondern auch weniger verdient, was die Abwanderung vieler junger, qualifizierter Leute weiter antreibt.“ (17) In Ostdeutschland leben heute nur noch 14 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Bis 2050 wird damit gerechnet, dass die 10-Millionen-Grenze unterschritten wird. Die Zahl der Berufstätigen dürfte dann – laut Schätzung – kaum noch vier Millionen ausmachen. 2006 sagte die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Die hohe Kinderlosigkeit ist alarmierend. Wir müssen alle umdenken.“ (18) Jetzt, als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, denkt sie in anderen Kategorien und trägt das unsoziale Sparpaket mit.

„Verzwert“ und „verhunzt“?

Es sind nicht nur die sozialen Diskriminierungen, die Ostdeutschen widerfahren, wemgleich dadurch ihr Leben am stärksten negativ beeinflusst wird und ihr Status in der Gesellschaft bestimmt wird.

In dem schon erwähnten „Süddeutsche Zeitung Magazin“ wird die Meinung des Soziologen Raj Kollmorgen, eines gebürtigen Sachsen, wiedergegeben: „Die Ostdeutschen machen rund zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung aus, stellen aber weniger als fünf Prozent der Elite, definiert man diese als ranghohe Entscheider in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und Medien...Deutschland ist noch immer Westdeutschland. Ostdeutsche sind außen vor, während Westdeutsche gestalten. Selbst in Ostdeutschland.“ (19) Keine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, keine überregionale Tageszeitung, kein Magazin werde von einem ostdeutschen Intendanten oder Chefredakteur geleitet, bemerkt das Magazin. „Es ist letztlich fast beliebig, welche Zahlen über Ost und West man heranzieht, nahezu auf allen Gebieten stellt man fest, dass Ostdeutsche dort fehlen, wo es um Macht geht, wo oben ist, und da überdurchschnittlich vertreten sind, wo es eher um die nackte Existenz geht, eben dort, wo unten ist. Das lässt sich nicht leugnen, und es lässt sich auch nicht mehr unter Verschluss halten.“ Kollmorgen kommt zu dem Schluss: „Das ist soziale Exklusion. Sie können es auch Diskriminierung nennen.“ (20)

Kein Wunder, dass sich Ostdeutsche als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen. Das vom Bundestag herausgegebene Blatt „Das Parlament“ kam vor einem Jahr nicht umhin, diesen Tatbestand zu registrieren: Rund 64 Prozent der Ostdeutschen fühlten sich danach als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt. (21) Die „Berliner Zeitung“ schließt daraus: „Im 20. Jahr nach dem Mauerfall ist Deutschland von einer inneren Einheit noch weit entfernt. Nur 22 Prozent der Ostdeutschen sehen sich einer repräsentativen Umfrage zufolge als ‚richtige Bundesbürger‘.“ (22)

Die Diskriminierung der Ostdeutschen als Bürger nahm über viele Jahre äußerst krasse Formen an.

Aus der Sicht führender Politiker sowie von Historikern, Soziologen und Kriminologen sind Ostdeutsche unfähig, ihr Leben in der DDR „richtig zu beurteilen“. Sie seien nicht bereit, ihre Biografien nach dem Verständnis derer umzuschreiben, die die Geschichte der DDR „aufarbeiten“.

Die herrschende Politik ist nicht bereit, ja, sie ist weit davon entfernt, den realpolitischen Beitrag der DDR-Bürger zum Erhalt des Friedens in Europa, zur Gewährleistung einer jahrzehntelang andauernden Friedensperiode auf unserem Kontinent zu würdigen. Oder die Leistungen beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die die Lehren aus dunkler Vergangenheit faschistischer Unmenschlichkeit gezogen hatte. Oder die Schaffung eines in anderen Ländern in Grundzügen übernommenen vorbildlichen Schulsystems, einer

leistungsfähigen Kulturpolitik mit einem ausgezeichneten Theater- und Konzertleben. Oder den Ausbau eines soliden Gesundheitswesens und einer anerkannten Familienpolitik. Seit dem Anschluss der DDR vor zwei Jahrzehnten hat es eine Vielzahl niederträchtiger, von pathologischem Hass erfüllter Schmähungen über die Bürger der DDR – die ehemaligen „Brüder und Schwestern“ – gegeben. Unverschämtheiten, die von Massenmedien in die Welt gesetzt und damit Bestandteil der Öffentlichen Meinung wurden.

In den antikommunistischen Tiraden verstieg man sich wiederholt zu der Schmähung, Ostdeutsche seien in der „zweiten deutschen Diktatur“ verkommen und verwahrlost.

In einer „Panorama“-Sendung bezeichnete der Soziologe Doktor Thomas Roethe die Ostdeutschen als „faul“ und „lethargisch“. Umerziehung sei nötig und dafür ein Konzept, „wie wir die ostdeutsche Bevölkerung dazu bringen, dass sie endlich anfängt zu arbeiten.“

(23) Der CDU-Politiker und ehemalige Innenminister Brandenburgs, Jörg Schönbohm, entdeckte, es gebe in den neuen Bundesländern „eine verbreitete Stilllosigkeit – im Umgang wie bei der Kleidung“. Infolge „Entchristlichung“ in der DDR fehle dort vielen Menschen ein „geistlicher Halt“. Die erzwungene „Proletarisierung“ sei die „Hauptursache für Werteverlust und Gewaltbereitschaft“.

„Es gab ein einheitliches Deutschland, von dem ein gewisser Teil von einer Verbrecherbande besetzt war“, (24) hechelte ein gewisser Enno von Löwenstein.

Zu den Vertretern einer volksverhetzenden antikommunistischen Propaganda gehört auch der Historiker Professor Arnulf Baring. Er, der die Darstellung des vielmillionenfachen Judenmordes der Nazis als „übertrieben“ bezeichnet, befand, dass DDR-Bürger als „verzweigt“ und „verhunzt“ eingestuft werden müssten. „Ob sich da heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar.“ Barings Resume: „Ostwärts lebt eine demoralisierte Gesellschaft.“ (25)

Der Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens, Prof. Christian Pfeiffer, entblödete sich nicht, einen Zusammenhang zwischen dem angeblichen „Nachttopfzwang in DDR-Kindergärten“ und kollektiv handelnden Neonazis in Ostdeutschland zu konstruieren.

Wer „einer autoritären Gruppenerziehung ausgesetzt war und zu wenig an individueller Zuneigung und Förderung erfuhr“, sei „in der Entwicklung eines gelassenen Selbstvertrauens behindert.“ Der würde „Freunde viel eher als bedrohlich erleben und als Feinde definieren.“

(26) Behauptet wurde mitunter in Gazetten, der Besuch der Kinderkrippe sei in der DDR Pflicht gewesen.

Treten ehemalige DDR-Bürger den Verzerrungen ihres Lebens entgegen, werden sie als „unbelehrbare Nostalgiker“ oder als „Jammer-Ossis“ verleumdet. Die „Zeit“ stellte dazu fest: „Wer nach 1989 sich irgendwie sozialistisch-nostalgisch zeigte, und sei es, dass er den Polikliniken nachtrauerte, wurde der Diktaturhörigkeit verdächtigt.“ (27)

Der von der staatlichen Obrigkeit und den Medien geführte Feldzug „Gegen das Vergessen der Schrecken der DDR-Diktatur“ zeitigt nicht das erhoffte Ergebnis. Auch nicht der wiederholte Appell der Bundeskanzlerin: „Wahrheit bedeutet eben auch, Verklärungen entgegenzuwirken.“ (28) So verlangte dann die stellvertretende CSU-Generalsekretärin

Dorthee Bär: „Diejenigen, die das Unrecht von SED und Stasi leugnen, dürfen in Zukunft nicht mehr ungeschoren davon kommen.“ (29) Dem „Ankommen“ der Ostdeutschen in der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ müsse also nach Meinung dieser ihrer Repräsentantin kräftig „nachgeholfen“ werden.

Die CDU-Führung, mit der Tatsache konfrontiert, dass Ostdeutsche nicht bereit sind, sich dem Geschichtsverständnis und dem Wertesystem der herrschenden Kräfte des Kapitals zu unterwerfen, fasste schließlich auf ihrem Parteitag Anfang Dezember 2008 den Beschluss „Geteilt, Vereint, Gemeinsam“. „Vereint“ und „Gemeinsam“ sollen alle politischen Kräfte, Wissenschaft, Schule und vor allem die Massenmedien verstärkt die Dauerkampagne zur Dämonisierung der DDR betreiben. Gedacht ist dabei besonders an kommende Jubelfeiern

und Gedenktage wie den 20. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ und den 50. Jahrestag der „Errichtung der Mauer“. „40 Jahre Diktatur, Unfreiheit und sozialistische Planwirtschaft haben katastrophale Erblasten materieller und immaterieller Art hinterlassen“, heisst es in dem Beschluss des CDU-Parteitag. Eine Losung, die ausreichend Spielraum für antikommunistische Phantasie bietet. Die faulen Früchte, die im Ergebnis der CDU-Aufforderung produziert worden sind, überschwemmen längst Funk- und Fernsehsendungen, füllen Spiel- und „Dokumentar“-Filme, Bücher, Broschüren sowie Webseiten. Sie vertiefen die Spaltung und vergiften die Atmosphäre.

## Vom Wert oder Unwert der Werte

Der CDU-Politiker Schönbohm, ein Repräsentant des vom Kapitalismus hervorgebrachten Wertesystems, fügt den Schmähungen der Ostdeutschen die Behauptung hinzu, sie hätten einen „Werteverlust“ zu DDR-Zeiten erlitten.

Nun gibt es in der BRD seit langem eine von Politikern und Soziologen geführte Debatte darüber, an welchen Werten sich Demokratie eigentlich orientieren sollte.

Mit dem Anschluss der DDR wurde diese Debatte belebt. Sozialistische Wertauffassungen mussten offen bekämpft und das von Ostdeutschen vertretene Problembewusstsein verdrängt werden. Nun besitzt allerdings der „gelernte DDR-Bürger“, gestützt auf seine Lebenserfahrungen, die Möglichkeit, zwischen zwei Gesellschaftssystemen zu vergleichen. Bei repräsentativen Umfragen unter ehemaligen DDR-Bürgern, ob sie denn bisher nicht umsonst gelebt hätten, antwortete eine Mehrheit: Wir hatten unser Leben nach einer Werteskala eingerichtet, bei der Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit oben an standen und zwischenmenschliche Beziehungen, gegenseitige Hilfe sowie das Bedürfnis nach Gemeinschaft einen hohen Stellenwert besaßen. „Ältere Ostdeutsche erinnern sich der einst stabilen sozialen Verhältnisse der DDR-Zeit, der eine gravierende Kluft der faktischen Einkommensentwicklung fremd war und wo die ökonomische Effektivität der Konzerne nicht an der Zahl der freigesetzten Arbeiter zwecks steigender Aktienkurse gemessen wurde. (30) Soziologen stellen nach wie vor fest, dass sich die genannten Werte bei vielen Ostdeutschen als recht stabil erweisen.

Ein Beispiel: Das Allensbacher Meinungsforschungsinstitut führte 2002 und 2007 unter der Überschrift „Der Zauberklang des Sozialismus“ Umfragen mit der gleichen Fragestellung durch. Mit einer, wie gesagt wurde, „etwas polemischen Formulierung“. Sie lautete: „Kürzlich sagte jemand: Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten. Würden Sie das auch sagen, empfinden sie das auch so, oder würden sie das nicht sagen?“ „Das sehe ich auch so“ bejahten 2002 53 Prozent der Befragten. 2007 waren es 62 Prozent. Aufschlussreich ist auch ein 2007 unter „Monitor für Sachsen-Anhalt“ veröffentlichtes Umfrageergebnis. Danach erklärten 90 Prozent der Befragten, in der DDR habe man „privat ganz gut leben können“. Die DDR wurde als sozialer als die heutige BRD beurteilt. Für 84 Prozent hat sich der Umgang der Menschen miteinander verschlechtert. 75 Prozent sehen schlechtere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Für 64 Prozent verschlechterte sich die soziale Absicherung. (31)

Betrachtet man das in der BRD gültige Wertesystem, so erweist sich als höchster Wert, als „Grundwert“ des Systems das Geld. Das Geld, das Kapital prägt den Inhalt aller Werte. Nicht Solidarität, sondern der Ellenbogen ist gefragt. Nicht Gemeinsamkeit gilt, sondern der Konkurrenzkampf Jeder gegen Jeden. Nicht soziale Sicherheit steht auf dem Programm, sondern hoher Gewinn für den Kapitalbesitzer. Eine Methode, die der US-Publizist Robert Samuelson so formulierte: „Wenn keine Angst existiert, den Arbeitsplatz zu verlieren, gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt.“ Typisch wiederum, was in dieser Gesellschaft als „Fortschritt“ ausgewiesen wird!

Für die Besitzer der wichtigsten Produktionsmittel gilt Maximalprofit als das erstrebenswerte Ziel.

Karl Marx veranschaulichte das Wertesystem des Kapitalismus so: „Was durch das Geld für mich ist, was ich zahlen, d.h., was das Geld kaufen kann, das bin ich, der Besitzer des Geldes selbst.“ Der Alltag im Kapitalismus bestätigt, wie Marx sagt, dass sich „das Geld als der existierende und sich bestätigende Begriff des Wertes aller Dinge“ offenbart, der „die allgemeine Verwechslung und Vertauschung aller Dinge“ bewirkt. (32)

Was das „Verwecheln“ und „Vertauschen aller Dinge“ angeht, so hat der Kapitalismus dabei eine hohe Perfektion erreicht. Die moderne Medienindustrie trägt wesentlich zur geistigen Verkrüppelung der Menschen bei. Der Publizist Thomas Wiczorek vermerkt: „Was den Bürgern... Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr zugemutet wird, das ist – wie der Volksmund zu Recht sagt – „so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil stimmt.“ (30)

Unter den gegebenen kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen bleibt das Geld die oberste Bewertungsinstanz des Menschen, seiner Eigenschaften und Fähigkeiten.

Nicht verwunderlich, dass bei vielen Ostdeutschen, die es anders kennengelernt haben, Politik-, ja selbst Staatsverdrossenheit schneller gewachsen ist als bei Westdeutschen.

1998 konstatierte die „Frankfurter Allgemeine“ „Verdrossenheit über die politische Führung: Ihr wird immer weniger Problemlösungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und

Gemeinwohlorientierung zugebilligt.“ Ein Urteil, das offensichtlich der Kohl-Regierung ins Stammbuch geschrieben worden war. Heute, 12 Jahre später, käme solch ein Urteil für die Merkel-Regierung einer Schmeichelei gleich. Gegen die Repräsentanten der schwarz-gelben Koalition hat sich ein tiefes Misstrauen und eine generalisierte Unzufriedenheit angesammelt, die durch das zu Gunsten der Krisenverursacher praktizierte Krisenmanagement noch beträchtlich gesteigert worden sind.

Willy Brandt hatte vor 20 Jahren gemeint: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. Die „Berliner Zeitung“ überschrieb 19 Jahre später einen ihrer Beiträge zur Befindlichkeit Ostdeutscher „Noch nicht angekommen.“

Unbelehrbare Ostdeutsche?

Die Herrschaft des Kapitals spaltet das Land. Unaufhörlich wird soziale Ungerechtigkeit geschaffen. Politische und soziale Menschenrechte werden ausgehöhlt und abgebaut. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird weiter vertieft. Von den Folgen dieser Herrschaft sind Ostdeutsche wie Westdeutsche gleichermaßen betroffen.

In der vom geschäftsführenden Vorstand der GBM bestätigten Erklärung des Berliner Alternativen Geschichtsforums zu „20 Jahre staatlicher Einheit eines gespaltenen Landes“ (33) heisst es u.a.:

„Das verlangt die Gegenwehr aller, die sich dem Bürgerrecht und der Menschenwürde verpflichtet wissen.

- Wir treten konsequent gegen soziale Ungerechtigkeit ein.
- Wir fordern: Alle Menschenrechte für alle Menschen! Gleiche Chancen für Ost und West, gleiches Recht für alle in Deutschland.
- Wir bekämpfen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit in allen Erscheinungsformen.
- Wir wollen ein friedliches Deutschland in einer Welt des Friedens.

Das bekunden wir mit allem Nachdruck zum „Tag der deutschen Einheit“.



## Quellen

- 1 Bild.de, Das sind Helmut Kohls berühmteste Zitate
- 2 Konkret 11/1995
- 3 Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 131
- 4 Einigungsvertrag – Muster ohne Wert ?, S. 235
- 5 Konkret, 12/1993
- 6 Junge Welt, 18. Februar 2005
- 7 Süddeutsche Zeitung Magazin, 30/2010, 28. Juli 2010
- 8 Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/96, S. 38 und 43
- 9 Süddeutsche Zeitung, 30/2010
- 10 Berliner Zeitung, 13. August 2010
- 11 [www.welt.de/print\\_welt\\_particle](http://www.welt.de/print_welt_particle)
- 12 Sozialer Arbeitskreis Berlin Treptow-Köpenick
- 13 akzente, 08/09 – 2010
- 14 Bild am Sonntag, 29. September 2007
- 15 [www.presseportal.de](http://www.presseportal.de)
- 16 Welt am Sonntag, 25. Januar 2009
- 17 Süddeutsche Zeitung, 20. Juli 2010
- 18 Berliner Zeitung, 16. März 2006
- 19 Süddeutsche Zeitung Magazin, 30/2010, 28. Juli 2010
- 20 ebenda
- 21 [www.bundestag.de/dasparlament/2009/28](http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/28)
- 22 Berliner Zeitung, 21. Januar 2001
- 23 ARD, Panorama, 23. September 1999
- 24 Pressedienst PDS, 26. November 1993
- 25 Neues Deutschland, 18./19. Oktober 2008
- 26 Neues Deutschland, 12. August 2005
- 27 Die Zeit, 21 März 2002
- 28 FAZ.NET, 8. Mai 2009
- 29 ddp, 27. April 2009
- 30 [www.gewiforum.de/Index Dateien/Reflexionen](http://www.gewiforum.de/Index Dateien/Reflexionen)
- 31 Spiegel-online, 24. September 2007
- 32 Marx/Engels, Über Kunst und Literatur, Henschel Verlag Berlin, 1953, S. 55
- 33 akzente, 08/09 - 2010